



16.04.2025 – 15:33 Uhr

Regierung verabschiedet Stellungnahme zur Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts sowie des Fusions-Mitbestimmungsgesetzes

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 15. April 2025 die Stellungnahme zur Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie des Fusions-Mitbestimmungsgesetzes (FMG) verabschiedet. Im Rahmen der ersten Lesung des Landtags in seiner Sitzung vom 6. Dezember 2024 wurden keine Fragen aufgeworfen und der Landtag stimmte der Vorlage einhellig zu.

Die Vorlage enthält Vorschriften zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung und zur grenzüberschreitenden Spaltung von Kapitalgesellschaften sowie Änderungen der geltenden Bestimmungen über die grenzüberschreitende Fusion. Dadurch werden die Möglichkeiten für grenzüberschreitende Umstrukturierungen innerhalb des EWR erweitert, sodass es grenzüberschreitend tätigen Unternehmen erleichtert wird, ihre Strukturen auf geänderte Marktgegebenheiten und Rahmenbedingungen anzupassen. Zudem werden Vorschriften über die Spaltung von Kapitalgesellschaften ohne Auslandsbezug eingeführt.

Pressekontakt:

Ministerium für Gesellschaft und Justiz
Generalsekretariat
Tel. +423 236 64 42
justiz@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100930623> abgerufen werden.